

Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS: Was wir darüber wissen müssen

Unterrichtsausschluss wegen Pepsi-T-Shirt

Georgia, USA, 26.03.1998. Am gestrigen Tag organisierte die Greenbriar-Schule in Evans, Georgia, USA einen Ehrentag zu Gunsten ihres Sponsors Coca-Cola. Statt Rechtschreibung, Biologie oder Mathe stand das braune Getränk im Vordergrund, statt Lehrern standen hochrangige Cola-Manager an der Tafel. Ein gewisser Mike Cannon, der an diesem Tag in einem Pepsi-T-Shirt zur Schule kam, wurde für dieses „Vergehen“ prompt vom Unterricht ausgeschlossen. Dies bestätigte auf Nachfrage die Schulleiterin, Gloria Hamilton, denn „diese Schüler wussten, dass wir Gäste hatten“.

(Quellen: diverse Webseiten, u.a. Die Zeit)



Konzerne sponsern den Schulunterricht: Bald auch bei uns?

Momentan verhandeln die Mitglieder der Welthandelsorganisation WTO, darunter auch Deutschland, um viele neue Bereiche in das Dienstleistungsabkommen GATS aufzunehmen. Fast jede bisher öffentliche Dienstleistung soll zukünftig von privaten Unternehmen gewinnorientiert angeboten werden.

Zu allererst das Gesundheitswesen und die Bildung versprechen ungeheure Umsätze. Dies lockt vor allem die großen Konzerne. Das GATS fördert deshalb besonders die Interessen der Multis. Coca Cola könnte also bald auch unsere Schulen sponsern!

Privatisierung: Profitieren wir dabei nicht alle?

Nein, denn staatliche Zuschüsse haben bisher das Ziel öffentliche Dienste für alle bezahlbar zu machen. Wenn Privatanbieter in Zukunft mit öffentlichen Diensten konkurrieren, müssen diese Zuschüsse auch ihnen gewährt werden. Statt dem Gemeinwohl dienen sie dann privaten Gewinninteressen.

Nein, denn der freie und gleichberechtigte Zugang zur Bildung ist in Gefahr! Ebenso wie ihre Unabhängigkeit:
Wollen wir Werbung statt Bildung für unsere Kinder?

Nein, denn die Privatanbieter picken sich die Rosinen aus dem Markt. Der freie und gleichberechtigte Zugang zur Gesundheitsversorgung ist nicht mehr garantiert! Solidarsysteme werden ausgehöhlt, Junge gegen Alte, Gesunde gegen Kranke ausgespielt.

Nein, denn aus Sicht der Konzerne sind staatliche Gesetze, ökologische Normen und soziale Standards nur Handelshindernisse, die das GATS abschaffen soll! Die Folgen sind Umweltverschmutzung, Preissteigerung, Lohnsenkung und unsichere Beschäftigungsverhältnisse.

Nein, nicht alle von uns werden profitieren!

Wir werden als Verbraucher bezahlen: Mit höheren Preisen und schlechterer Qualität!

Wir werden als Beschäftigte bezahlen: Mit unsicheren, schlechteren Arbeitsplätzen, und niedrigeren Löhnen!

Was umfaßt das GATS ?

- Energie- und Wasserversorgung
- medizinische & soziale Dienste (z. B. Krankenhäuser)
- Bildung und Kultur
- Post & Telekommunikation
- Banken und Versicherungen
- Tourismus
- Transport
- Viele weitere Dienstleistungen

Grundsätzlich ist also kein Dienstleistungssektor vom GATS ausgenommen.

Mehr dazu? Siehe Innenteil ►

Was tun? Siehe Rückseite ►►



GATS, Geschichte und Struktur

Mit dem GATS (General Agreement on Trade in Services) wurde 1995 das erste Abkommen für die weltweite Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte in das Vertragswerk der Welthandelsorganisation (WTO) aufgenommen. Anfang 2000 sind Neuverhandlungen begonnen worden. Bis Ende Juni 2002 mussten alle WTO-Mitglieder ihre Marktöffnungsforderungen gegenüber anderen Staaten äußern. Der weitere Zeitplan der GATS-Verhandlungen sieht vor, dass bis Ende März 2003 die WTO-Mitglieder ihre Marktöffnungsangebote gegenüber Drittstaaten vorlegen müssen. Der Abschluss der Verhandlungen soll mit dem anvisierten Ende der neuen Welthandelsrunde der WTO am 1.1.2005 zusammenfallen.

Die Europäische Kommission führt die GATS-Verhandlungen für die EU-Mitgliedstaaten, wobei auf deutscher Seite das Bundeswirtschaftsministerium federführend ist.

Was regelt das GATS?

Das GATS erfasst einen großen Teil des Dienstleistungssektors (s. Kasten auf S. 1) und enthält diese zentralen Prinzipien:

- **Transparenz:** Regierungen müssen alle Gesetze, Normen und Standards offen legen, die den Handel mit Dienstleistungen behindern könnten
- **Meistbegünstigung:** keine ausländische AnbieterIn darf schlechter gestellt werden als eine andere
- **freier Marktzugang** (Art. XVI)
- **Inländerbehandlung** (Art. XVII): Ausländische DienstleistungsanbieterInnen dürfen nicht schlechter gestellt werden als inländische.

GATS bedroht die Demokratie

Die GATS-Verhandlungen finden weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Das ist um so brisanter, als einmal eingegangene Liberalisierungsverpflichtungen im Sinne des InvestorInnenenschutzes nicht rückgängig gemacht werden können. Außerdem verpflichten sich die GATS-UnterzeichnerInnen, nicht nur in den bereits geöffneten Sektoren, sondern auch in den bislang „verschonten“ weiter zu liberalisieren.

Nationalstaaten, Länder und Gemeinden verfolgen nicht-ökonomische Ziele wie Umweltschutz, Arbeitsplatzsicherheit oder Regionalpolitik. Dazu gestalten sie mit Gesetzen das Wirtschaftsgeschehens im Sinne eines Ausgleichs zwischen privatwirtschaftlichen und öffentlichen Interessen.

Das Problem des GATS: Viele dieser öffentlichen Regulierungen können als „Handelshindernisse“ angesehen werden. Beispielsweise benachteiligt die Beschränkung der Zahl von Hotels oder Skiliften in einer sensiblen Gletscherregion ausländische Interessenten gegenüber inländischen Betreibergesellschaften, die schon zum Zug gekommen sind. In diesen Fällen kann zwar ein Nationalstaat politische Ziele wie Umweltschutz geltend machen, muss dann aber seine Regulierung einem „Notwendigkeitstest“ unterziehen. Der Nationalstaat kann vom Schiedsgericht der WTO gezwungen werden, das Gesetz aufzuheben. Damit wird der demokratische Gesetzgebungsprozess durch WTO-Urteile

ersetzt, die damit noch höherrangig sind als das demokratisch ohnehin schon schwach legitimierte EU-Recht.

Die Konsequenzen des GATS sind kaum absehbar. So meinte der ehemalige Direktor der WTO Renato Ruggiero: „Ich vermute, dass weder die Regierungen noch die Geschäftswelt die volle Reichweite und den Wert der eingegangenen Verpflichtungen erkannt haben.“

Öffentlichen Dienste sind in Gefahr

Öffentliche Dienste haben die Aufgabe, die sozialen Sicherungssysteme und die Grundversorgungsbereiche, die wir alle jeden Tag benötigen, zuverlässig bereitzustellen. Dazu gehören z.B. Kranken- und Rentenversicherungen, Bildungssysteme, öffentlicher Verkehr, Wasserversorgung, Strom, Telefon und Post.

Diese Leistungen werden auf solidarische Weise zur Verfügung gestellt, d.h., Ziel ist, allen Menschen den Zugang in guter Qualität zu ermöglichen, nicht Gewinne zu erwirtschaften.

Das könnte durch das GATS schon bald Vergangenheit sein. Post, Strom und Telekom sind bereits liberalisiert, in den USA und in England sind sämtliche aufgezählte Bereiche zumindest teils privatisiert.

Das Problem: Internationale Beispiele belegen, dass durch die Privatisierung viele public services teurer werden, der Zugang für alle Menschen droht damit verloren zu gehen. Auch die Qualität der Dienstleistungen nimmt vielfach ab (s. Kasten rechts).

Das WTO-Sekretariat versucht zwar zu beruhigen: public services seien vom GATS ausgenommen. Doch der GATS-Text sieht eine Ausnahme öffentlicher Dienste nur dann vor, wenn diese weder „im Wettbewerb“ mit anderen AnbieterInnen noch „auf kommerzieller Basis“ erbracht werden. Doch stehen öffentliche Universitäten oder Krankenhäuser etwa nicht mit privaten im Wettbewerb? Sind Studiengebühren, Rezeptgebühren und Zugtickets nicht etwa eine „kommerzielle Basis“?

Damit sind so gut wie alle öffentlichen Dienste mögliche GATS-Objekte.

Was bedeutet GATS für Frauen?

Über 80% der erwerbstätigen Frauen in der EU arbeiten im Dienstleistungssektor. Frauen sind vielfach unterbezahlt und in Managementpositionen unterrepräsentiert. Frauen werden die ersten sein, die den erhöhten Wettbewerb nach der Liberalisierung zu spüren bekommen, da private AnbieterInnen versuchen, durch „Kostenreduktion“, sprich Lohnkürzungen in den Niedriglohnsegmenten, wettbewerbsfähiger zu werden.

Weiter führt eine Einschränkung des öffentlichen Sektors dazu, dass sozialstaatliche Leistungen in informelle Arrangements wie Familie, Nachbarschaft oder ehrenamtliche Organisationen zurück übertragen werden, weil sich finanzschwache Gruppen die Versorgung durch Private nicht leisten können. Diese Arbeit wird erfahrungsgemäß fast ausschließlich von Frauen verrichtet.

Das GATS in seiner derzeitigen Form fördert bestehende Geschlechterungerechtigkeit und ist daher für Frauen kontraproduktiv.



Endlich mehr über das GATS erfahren:

Beispiele:

Die fatalen Folgen der Liberalisierung der öffentlichen Dienste

Steigende Preise:

In Großbritannien sind die Wasserpreise nach der Liberalisierung um knapp 50%, in Bolivien innerhalb weniger Wochen sogar um 100% gestiegen. In der privaten Rentenversicherung betragen die Verwaltungskosten 10-30% der Beiträge, während z.B. das öffentliche Pensionssystem in Österreich mit 1,8% Verwaltungskosten auskommt. Im öffentlichen Gesundheitssystem zahlen alle gleich hohe Beitragssätze. In der privaten Krankenversicherung müssen die höchsten „Risiken“ –also alte und kranke Menschen– die höchsten Prämien zahlen. Frauen zahlen wegen ihrer höheren Lebenserwartung für die private Rentenversicherung höhere Beiträge als Männer. Schwangerschafts- bzw. Kindererziehungszeiten werden, im Gegensatz zum öffentlichen Rentensystem, nicht angerechnet.

Versorgungsengpässe:

In Kalifornien kam es nach der Liberalisierung des Strommarkts zu Stromabschaltungen. In Großbritannien wurde bis zu 19.000 Haushalten der sprichwörtliche Wasserhahn vorübergehend abgedreht, weil sie die Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten. In den USA sind 16% der Bevölkerung nicht krankenversichert –weil sie es sich nicht leisten können. In vielen Entwicklungsländern werden Kinder nach der Einführung von Schulgebühren aus der Schule genommen.

Abnehmende Qualität und Sicherheit:

Nach der Wasserprivatisierung in Großbritannien wurden die Versorger bereits 128mal wegen Vernachlässigung der Infrastruktur und minderer Wasserqualität gerichtlich verurteilt. Auch die Verkehrsmittel sind gefährlicher geworden, weil die Infrastruktur vernachlässigt wird und das Personal überarbeitet ist. Bei der privatisierten britischen Eisenbahngesellschaft Railtrack gibt es wieder 72-Stunden-Wochen und keine bezahlten Urlaubs- und Krankheitstage.

Zwei-Klassen-Gesellschaft:

Kommerzielle Kranken und Rentenversicherungen konkurrieren um junge, gutverdienende, gesunde, kinderlose, männliche Vollzeitwerbsarbeitnehmer. Die Grund- und Armutsversorgung bleibt dem Staat. Die innergesellschaftliche Solidarität wird zerstört.

Abbau unrentabler Bereiche der öffentlichen Dienste:

Sobald öffentliche Anbieter in Wettbewerb mit privaten geraten, stehen sie vor dem Dilemma: Entweder der Idee der öffentlichen Dienstleistung treu bleiben, auch wenn die Privaten sich nur die profitträchtigsten Rosinen herauspicken, oder selbst zum (privatisierungstauglichen) Profitunternehmen werden. Die Schließung von Postämtern und Nebenbahnen, die Kürzung von Rentenleistungen und die Eliminierung wichtiger Leistungen aus der öffentlichen Krankenversicherung (z. B. Zahnarztleistungen in der Schweiz) sprechen hier eine deutliche Sprache.

Wer sind die Gewinner des GATS...

Das GATS kommt nicht von ungefähr. Der ehemalige Direktor der GATS-Abteilung im WTO-Sekretariat David Hartridge hat dies so ausgedrückt: „Ohne den enormen Druck der amerikanischen Finanzdienstleistungsindustrie, insbesondere von Firmen wie American Express oder Citicorp, hätte es kein Dienstleistungsabkommen gegeben.“

Die großen Dienstleistungskonzerne der USA und der EU sind gut organisiert und betreiben systematisches Lobbying für die Liberalisierung. Laut Leon Brittan, dem ehemaligen EU-Handelskommissar und jetzigen Lobbyisten des Finanzzentrums der Londoner City, „war die enge Verbindung (...) zwischen der EU- und der US-Industrie (...) ein wesentlicher Faktor beim Zustandekommen des endgültigen Deals.“ Neben Banken und Versicherern zählen große Wasserversorger (Vivendi, Suez, RWE), Energie-, Bildungs- und Gesundheitskonzerne zu den Gewinnern des GATS. Die Weltbank schätzt den weltweiten Markt für Wasserversorgung auf jährlich 800 Milliarden Dollar, den für Bildung auf 2000 Milliarden Dollar und jenen für Gesundheitsdienstleistungen auf 3500 Milliarden Dollar.

Die EU-Kommission gibt unverblümt zu: „Das GATS ist (...) zuallererst ein Instrument zugunsten des Geschäftemachens“.

... und wer die VerliererInnen?

Wie oben beschrieben, sind „unsere demokratischen Rechte das erste Opfer der WTO“ (Maria Mies).



Bei uns zählen Frauen, ArbeitnehmerInnen und weniger zahlungskräftige NutzerInnen von öffentlichen Diensten zu den VerliererInnen des GATS.

Ganz besonders verlieren würden die Entwicklungsländer. Sie waren von Anfang an skeptisch oder ganz gegen das GATS, mussten es aber bei der WTO-Gründung im Rahmen eines „Gesamtpakets“ schlucken. Die Interessenlage ist klar: Nicht kambodschanische Finanz-, Telekom- und Computerkonzerne drängen auf den US-Markt, sondern umgekehrt. Besonders problematisch: Entwicklungsländer sind Leichtgewichte in den WTO-Verhandlungen und können sich gegen die Begehrlichkeiten der schwergewichtigen „Quads“ (USA, Kanada, EU, Japan) kaum wehren, auch dann nicht, wenn letztere auf die Öffnung des Bildungs- und Gesundheitssystems oder der Wasserversorgung bestehen. Damit steht aber für einen Großteil der Bevölkerung der Zugang zu den Grundversorgungsbereichen auf dem Spiel. Die Menschenrechtskommission der UNO hat bereits vor diesem Szenario gewarnt, weil Wasser, Gesundheitsversorgung und Bildung als Menschenrechte angesehen werden. Die Position gerade der EU ist aber granithart: Im Gegenzug für den Abbau der Landwirtschaftssubventionen will Brüssel die Dienstleistungsmärkte der Entwicklungs- und Schwellenländer knacken.

Das GATS ebnet den Weg für eine neue Kolonialisierungswelle.

Hintergründe, Gewinner und Verlierer...



Die Vision von ATTAC: Öffentliche Dienste demokratisieren statt privatisieren!

Viele von uns haben die Erfahrungen gemacht, dass die öffentlichen Dienste nicht so funktionieren wie wir es uns wünschen: in Krankenhäusern oder Altersheimen wurden unsere Angehörigen oder wir selbst nicht aufmerksam genug behandelt. Die Bahn wird immer teurer, schließt Nebenstrecken und investiert gleichzeitig riesige Summen in den Ausbau zentraler Achsen. Ständige Einschnitte in das soziale Netz von Arbeitslosenentgelt, Leistungen der Kranken- und Rentenkassen führen zu großer Verunsicherung und sozialer Not.

Doch um die öffentlichen Dienste zu verbessern, müssen sie radikal demokratisiert und nicht etwa wie vielfach propagiert privatisiert werden. Effizienz darf für die öffentlichen Dienste nicht den Ausschlag geben. Denn hier geht es nicht um Profit, sondern um Menschen.

Eine breite BürgerInnenbeteiligung bei der Definition von Entwicklungszielen für die öffentlichen Dienste kann den Lebensstandard aller Menschen erhöhen. Im Gesundheitswesen z.B. könnte es darum gehen, „mehr Gesundheit statt mehr Medizin“, im Transportwesen z.B. „mehr Mobilität statt mehr Verkehr“ zu erreichen. Die NutzerInnen müssen in allen öffentlichen Einrichtungen aktiv vertreten sein und ihre Qualität wirksam kontrollieren können.

Ein erfolgreiches Beispiel dafür ist das partizipative Budget in Porto Alegre, der brasilianischen „Stadt des Weltsozialforums“. Dort entscheiden Zehntausende BürgerInnen und zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gemeinsam über den öffentlichen Haushalt. Das Ergebnis: das Budget genießt eine hohe öffentliche Zustimmung und die Infrastruktur von Porto Alegre ist um vieles besser als in anderen brasilianischen Städten.

Die Kernforderungen von ATTAC HH

Wir fordern **Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen** für alle, die öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht den transnationalen Konzernen überlassen werden. Die Gesellschaft muss ihren politischen Einfluss auf lebensnotwendig Basisdienstleistungen behalten. Es muss auch möglich sein, einmal erfolgte **Privatisierungen wieder rückgängig zu machen**, wenn sie sich als Fehler herausstellten. In Bezug auf die laufenden Verhandlungen fordern wir:

1. **Verhandlungsstopp.** Die schleichende Preisgabe der öffentlichen Dienste, die Aushöhlung der demokratischen Gestaltungsfähigkeit der nationalen Parlamente, die Übervorteilung der Entwicklungsländer sowie der geheime Charakter der Verhandlungen machen eine Weiterverhandlung unzumutbar.
2. **Umfassende Überprüfung der Auswirkungen der Dienstleistungsliberalisierung** auf die armen Länder, auf Umwelt, KonsumentInnen und ArbeitnehmerInnen sowie auf die Regulierungsfähigkeit von Nationalstaaten.
3. **Verfassungsmäßige Garantie** des Rechts auf Wasser, Bildung, Gesundheitsversorgung, Rente, öffentlichen Verkehr, Postdienste, Energie und Kommunikationsanschluss sowie die Sicherung der dafür notwendigen öffentlichen Mittel.

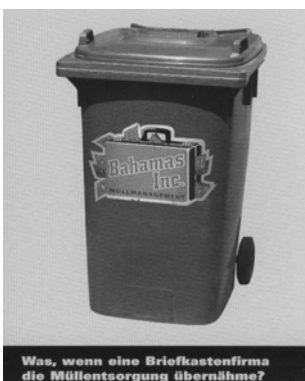
Was kann ich tun?

- Informieren Sie sich, z.B. unter www.gats-kritik.de.
- Erzählen Sie Ihren KollegenInnen, FreundInnen, Ihrer Familie von den Auswirkungen des GATS.
- Sprechen Sie IhreN BundestagsabgeordneteN an, fragen Sie sie/ihn nach ihrer/seiner Meinung zum GATS!
- Schließen Sie sich Gruppen der GATS-Kampagne an, z. B. bei attac, den Gewerkschaften und vielen anderen!
- Machen Sie mit bei der GATS-Postkartenaktion! Schreiben Sie dem Bundeskanzler eine Postkarte und protestieren Sie gegen das GATS! Bestellungen unter www.attac-netzwerk.de/material/index.php

Weitere Informationen

- zum GATS und zur GATS-Kampagne von attac Deutschland finden Sie unter www.gats-kritik.de.
- Kontakt zu attac Hamburg unter www.attac-hamburg.de oder 0160/91579224

Globalisierung braucht Gestaltung! ATTAC braucht Ihre Unterstützung: attac Deutschland, Kontonr. 1015150, Ökobank BLZ 50090100, Stichwort „attac Hamburg“



Stoppt die GATS-Verhandlungen! attac Hamburg